

Änderungsantrag ÄA 1.5

Antragssteller*innen: Johannes Franck

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Nein zu Koalitionsverhandlungen

Die Linke Berlin wird nicht in Koalitionsverhandlungen mit Grünen oder SPD zur Bildung einer erneuten rot-rot-grünen Regierung treten.

Stattdessen werden wir im Abgeordnetenhaus und auf der Straße eine starke sozialistische Opposition sein.

Die Sondierungsergebnisse zeigen, dass mit SPD und Grünen kein grundlegender Politikwechsel für die arbeitende Bevölkerung passieren wird.

Wir verstehen, dass viele Menschen die Hoffnung haben, dass eine Regierung unter unserer Führung zu Verbesserungen für ihre Lebenssituation führt. Wo das Sondierungspapier aber Investitionen und Verbesserungen in Aussicht stellt, akzeptiert dieses die Kürzungen der letzten Jahre, legt es Fallstricke oder bleibt in Bezug auf die Finanzierung und Umsetzung unklar.

Das Papier beinhaltet keine zwingende Verabredung einer Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne, sie steht unter Finanzierungs- und Rechtsvorbehalt. Es findet keine Umsetzung des Volksentscheides statt, der u. a. vorsah, Wohnungsbestände ab der Grenze von 3000 Wohnungen in öffentliche Hand zu überführen. Der Zeitplan sieht ein Inkrafttreten erst 2029 vor. Wir müssen davon ausgehen, dass insbesondere die SPD sich damit Hintertüren für Blockaden offen hält.

Viele positive Maßnahmen im Sondierungspapier stehen zudem unter Finanzierungsvorbehalt und es sind gleichzeitig, wenn auch noch unkonkret, Kürzungen im Haushalt vorgesehen. Den sozialen Trägern sollen die Ausgaben gedeckelt werden, sodass reale Kürzungen bei Löhnen und Angeboten drohen. Auch in Fragen von Innenpolitik (Polizei, Verfassungsschutz, Verbotszonen etc.), Gesundheitspolitik (nur ein loses Bekenntnis zum Tarifvertrag Entlastung an der Charité, keine Rückführung der CFM und Vivantes-Töchter vereinbart) oder Friedenspolitik (Einigung auf die Förderung von u. a. Drohnenproduktion ohne Ausschluss von militärischer Nutzung) erfüllt das Sondierungsergebnis nicht annähernd den Anspruch sozialistischer Politik.

Angeichts des gigantischen Reichtums der Milliardärinnen und der Vermögen und Profite der großen Banken und Konzerne akzeptieren wir nicht, dass sich die Berlinerinnen und wir entscheiden sollen, ob wir Ausgaben lieber bei Gesundheit, Bildung, sozialen Einrichtungen oder Wohnraum begrenzen und damit Bedürfnisse gegeneinander ausspielen sollen.

Die angestrebte Zusammenarbeit von Polizei und Sozialer Arbeit widerstrebt unserer Vorstellung von Sozialer Arbeit. Erfahrungsgemäß führt eine solche Zusammenarbeit zu einer Schwächung der eigenständigen Profession Soziale Arbeit. Bei einer

38 Zusammenarbeit von Polizei und Sozialer Arbeit verkommt diese zu einer Kontroll- und
39 Disziplinierungsprofession, das belegen viele Auswertungen, die solche Konzepte
40 analysiert haben. Scheitert die Polizei mit ihrem repressiven Ansatz delinquente und
41 deviante Menschen in das kapitalistische System zu drängen, soll die Soziale Arbeit
42 das gleiche Ziel mit pädagogischen Mitteln erreichen.

43 Mit der angestrebten Zusammenarbeit fallen wir vor allem kritischen Sozialarbeitenden
44 in den Rücken und gefährden ihre progressive und menschenrechtsorientierte Soziale
45 Arbeit.

46 Stattdessen sollte die Soziale Arbeit aus unserer Sicht in ihrer Haltung als
47 Menschenrechtsprofession gestärkt werden und Menschen nicht in ein System
48 drängen, dass soziale Probleme hervorbringt.

49 Die Verabredungen zum Umgang mit vermeintlichem Antisemitismus lehnen wir ab und
50 erklären: Unsere Partei hat kein Antisemitismus-Problem. Wir wehren uns gegen die
51 mediale und politische Kampagne, die die Ängste von jüdischen Menschen
52 instrumentalisiert, um palästinastolidarische Positionen zu diffamieren und unsere
53 Partei und Abgeordnete gefügig zu machen.

54 Wir sind keine Partei der Fundamentalopposition. Aber alle Erfahrung zeigt: Die reale
55 Regierungspolitik ist in der Regel schlechter als Sondierungs- und Koalitionsverträge.
56 Sozialistische Klassenpolitik und ein grundlegender Politikwechsel im Sinne der
57 Arbeiter*innenklasse und sozial Benachteiligten sind mit pro-kapitalistischen Parteien
58 nicht umsetzbar. Wir beteiligen uns nur an einer Regierung, die sich mit dem
59 Kapitalismus anlegt, die Widerstand und Massenproteste und wirkliche, umfangreiche
60 Verbesserungen erkämpft. Doch mit Anpassung an den Kapitalismus und seine
61 Sachzwangslogik, wie es ein Bündnis mit SPD und Grüne verlangt, wird das nicht
62 möglich sein.

63 Unsere "Koalitionspartner*innen" sind die Gewerkschaften, Belegschaften, die
64 Mietenbewegung und soziale Organisationen unserer Stadt. Niemand kann nach
65 diesen Verhandlungen mehr glauben, dass SPD und Grüne sich etwa auf eine
66 Regierung einlassen würden, die sich auf einen bedarfsgerechten Haushalt ohne
67 Kürzungen verpflichtet und das fehlende Geld vom Bund durch eine Reichensteuer
68 einfordert oder Zinszahlungen an die Banken verweigert. Das wäre aber nötig, um die
69 Kürzungen und Privatisierungen der letzten Jahre zurückzunehmen, um die benötigten
70 massiven Investitionen für Gesundheit, Bildung, Klimaschutz, Kultur, Soziales oder
71 Integration umzusetzen. Genauso um das nötige, umfangreiche Bauprogramm der
72 städtischen Wohnungsunternehmen umzusetzen, Obdach- und Wohnungslosigkeit zu
73 beenden sowie alle Abschiebungen zu beenden und ein Leben mit gleichen Rechten
74 für alle, die hier leben, zu ermöglichen.

75 In Anbetracht der aktuellen Haushaltslage, der massiven Angriffe der schwarz-roten
76 Bundesregierung und der Verschleppung von DWE in der letzten rot-rot-grünen
77 Regierung, können wir nicht davon ausgehen, dass unsere Partei gestärkt aus einer
78 erneuten Regierung mit SPD und Grünen hervorgehen wird. Im Gegenteil müssten wir,
79 wie die Sondierungsergebnisse deutlich machen, Kürzungen mittragen und damit
80 Angriffe auf die Klasse, die wir organisieren wollen und an deren Seite wir kämpfen.

81 Nötig wäre Widerstand gegen Kürzungen und Angriffe – diesen können wir aber nicht
82 ehrlich und glaubwürdig führen, wenn wir dafür mitverantwortlich gemacht werden. Die
83 Beteiligung an einer Regierung hat uns bisher nie gestärkt, sondern nur geschwächt.
84 Wenn wir diese Politik mittragen und den Kapitalismus mit verwalten, stärken wir
85 letztlich nur die AfD, die sich dann umso besser fälschlicherweise als konsequente
86 Opposition und Alternative darstellen kann.

87 Dass wir nicht mit SPD und Grünen regieren, bedeutet nicht, dass es eine Regierung
88 mit der CDU geben muss. Wir werden SPD und Grünen anbieten, eine
89 Minderheitsregierung der beiden Parteien ins Amt zu wählen und aus der Opposition
90 heraus allen Verbesserungen für Lohnabhängige zuzustimmen. Damit können wir einen
91 CDU-Bürgermeister verhindern. So könnte man SPD und Grüne auffordern, ihre
92 Bereitschaft für linke Maßnahmen unter Beweis zu stellen, ohne dass dafür von
93 unserer Seite Koalitions- oder Tolerierungsverträge unterschrieben werden müssten.
94 Partei und Fraktion könnten dann jedes Gesetz dieser Regierung per
95 Einzelfallentscheidung danach beurteilen, ob es eine Verbesserung oder
96 Verschlechterung für die arbeitende Mehrheit darstellt und entsprechend abstimmen.

97

98 Begründung: Wir dürfen keine Angst vor der Opposition haben. Viele politische Erfolge
99 wurden historisch aus einer oppositionellen Haltung und Bewegung heraus erkämpft.
100 Von solchen Kämpfen und Bewegungen müssen wir Teil sein, statt ihnen die
101 politischen Kämpfe zu erschweren. Das Sondierungspapier verschlechtert allerdings
102 die realen, aktivistischen Kampfbedingungen. Das dürfen wir als Partei nicht mittragen.
103